Subsidiariät: Ein Prinzip mit Geschichte und Zukunft?

Prof. Dr. Bernd Käpplinger

Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Erziehungswissenschaften

bernd.kaepplinger@erziehung.uni-giessen.de

I. Was ist Subsidiarität überhaupt?

Die europäische Dimension in der Bildungspolitik ist bis heute vom sogenannten Subsidiaritätsprinzip geprägt. Es ist ein Zuständigkeitsprinzip, das Staat und Gesellschaft im Ansatz von unten nach oben denkt. Aufgaben sollen von der möglichst kleinsten Einheit (Individuum, Familie, Nachbarschaft, Region etc.) bearbeitet und bewältigt werden. Wenn die kleineren bzw. unteren Einheiten dazu nicht in der Lage sind, darf die nächstgrößere Einheit Hilfe anbieten. Subsidiarität ist somit quasi der Gegenpol zur Zentralisierung. Die Europäische Union (EU) hat eine eingeschränkte Kompetenz in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Es gilt eben das Subsidiaritätsprinzip. Direkte Eingriffe der EU in die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten sind durch diverse EU-Verträge ausgeschlossen. Die Verantwortung für die Bildungssysteme ruht bei den Mitgliedsstaaten und dort oft in den einzelnen Regionen. Der Handlungsspielraum der EU ist darauf beschränkt, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu fördern und deren Tätigkeiten zu unterstützen. In der Praxis sind Förderprogramme wie beispielsweise ERASMUS als monetäre Anreizsysteme sowie Benchmarking und die sogenannte „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) wirksame Hebel, um Entwicklungen und Veränderungen in den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Insbesondere in den letzten rund 20 Jahren ist der Einfluss der EU deutlich gewachsen und andere supranationale Organisationen wie die OECD sind wichtige Akteure geworden, die, je nach Land, mehr oder minder einflussreich sein können. Die PISA-Studien sind ein gutes Beispiel für die bedeutsame Rolle supranationaler Akteure. Allerdings ist vor ideologischen Instrumentalisierungen ausländischer Bezüge zu warnen. Zymek sowie Waldow verweisen auf das „Ausland als Argument“ bzw. das „Ausland als Gegenargument“.[1] Damit ist gemeint, dass ausländische Praktiken oft sehr selektiv rezipiert werden und mehr über die Rezipienten mit ihren Interessen und Vorurteilen aussagen als über die betreffenden Länder. Bei PISA-Studien konnte man dies gut beobachten, wo zum Teil unterschiedliche Reformstrategien mit denselben PISA-Ergebnissen legitimiert werden. Wer etwa schon immer gegen oder für die Gesamtschule ist, wird im Ausland ein Beispiel finden, das die eigene Position unterstützt, und nicht nach Gegenbeispielen suchen. Auch kann es eigene Verantwortung auf nationaler oder regionaler Ebene verschleiern, wenn man Veränderungen oder Mittelkürzungen mit europäischen Dimensionen oder dem globalen Wettbewerb begründet. Das Subsidiaritätsprinzip muss aber intensiver abgewogen werden. Kommen wir also zu Pro und Kontra des Prinzips.

II. Was spricht gegen Subsidiarität?

Klassischerweise kam die Kritik am Subsidiaritätsprinzip aus dem linken Spektrum, wo man mit dem Prinzip eine Absage an staatliche Intervention und mangelnden Gestaltungswillen verband. Im Gegensatz dazu verteidigte zum Beispiel die CDU das Prinzip im Jahr 2000 bei ihren weiterbildungspolitischen Leitsätzen explizit: *„Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche. (…) Wir wollen keine zusätzliche staatliche Reglementierung, sondern mehr Anreize und bessere Rahmenbedingungen für den Weiterbildungsmarkt. Deutschland verfügt vor allem durch das Engagement der Länder, der Kommunen, der Kirchen, der freien Träger und der Sozialpartner über ein flächendeckendes Netz der Weiterbildung. Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität in der Weiterbildung.“*[2] Weiterbildung wurde primär als Markt mit eher begrenztem staatlichen Einfluss und großer Verantwortung der diversen zivilgesellschaftlichen Akteure begriffen. Insofern passte das Prinzip sehr gut und war mit seiner Herkunft aus der katholischen Soziallehre weltanschaulich hochgradig anschlussfähig für konservative Positionen. Der Nachteil war, dass zu wenige Rahmensetzungen und Interventionen stattfanden. Sogenanntes „Marktversagen“ wurde und wird kaum oder zu spät erkannt.

Eine der Kernfragen ist, wer wann bestimmt, ob die kleineren bzw. unteren Einheiten etwas nicht schaffen und ob die nächstgrößere Einheit Hilfe anbieten darf oder sogar einschreiten muss. Die Vorgänge rund um den Umgang mit Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche in Köln 2020/2021 sind leider ein Beispiel dafür, wie von der Katholischen Bischofskonferenz regional nicht interveniert wird, da man das Problem der regionalen Autonomie bzw. der regionalen Zuständigkeit zuweist. Gläubige reagieren mit massenhaften Austritten, weil die Mächtigen in der Kölner Kirche keine Konsequenzen ziehen. Jenseits dieses prominenten Fallbeispiels stellt sich bei diesem Prinzip immer die Frage, wie konkret bestimmt werden kann, wann die Zuständigkeit von einer unteren Ebene auf eine hö-

[1] Waldow, F.: Das Ausland als Gegenargument. Fünf Thesen zur Bedeutung nationaler Stereotype und negativer Referenzgesellschaften, *Zeitschrift für Pädagogik* 2016, 62(3), 403–421; Zymek, B.: Das Ausland als Argument in der pädagogischen Reformdiskussion. Ratingen. 1975.

[2] Zitiert nach Faulstich, P./Haberzeth, E. (2007): Recht und Politik. Bielefeld. S. 40.

here übergeht und welche Prozesse oder Mechanismen diesen Übergang ermöglichen und gestalten. Dies kann in Zweifelsfällen juristisch geklärt werden, aber oft ist es eher eine Frage des Aushandelns und der offenen oder verborgenen Machtkonstellationen. Letzteres wird aus linker Perspektive kritisiert, da es solidarisches Agieren erschwert und das Subsidiaritätsprinzip dazu tendieren kann, die Mächtigen und Wohlhabenden zu schützen, weil es den Status Quo sichert und sich Interventionen, mit denen jemand aktiv gegen Missstände vorgehen will, legitimieren müssen. Letztlich kommt es darauf an, wie das Subsidiaritätsprinzip in der Praxis gelebt wird.

III. Was spricht für Subsidiarität?

Positiv gesehen bietet das Subsidiaritätsprinzip Schutz vor administrativer Steuerung[3] *und generell vor Zentralismus.* Gerade die Erfahrung mit Nationalsozialismus sowie Stalinismus und dem jeweiligen Zentralismus in Verbindung mit Indoktrination durch Bildungssysteme wirken in Deutschland berechtigterweise nach. Das macht das Subsidiaritätsprinzip als Lehre aus der Geschichte attraktiv. Auch aktuell zeigt der Ländervergleich, zum Beispiel mit Frankreich, auf, dass zentralistisch gesteuerte Bildungssysteme oft erhebliche Probleme aufweisen und sich die Bürger:innen in diesen Ländern oft mehr Zuständigkeiten auf regionaler Ebene wünschen. Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips sollten obere Ebenen ihre eigene Rolle grundsätzlich als nachrangig begreifen. Lediglich an Problemstellen und bei Hilfeersuchen sollten sie in Regionen, Bundesländern, auf National- oder EU-Ebene aktiv werden.

Das Subsidiaritätsprinzip kann als eine Art „Dünger" für die Zivilgesellschaft interpretiert werden. Es legitimiert die Pluralität und die relative Autonomie der Trägerlandschaft, staatlicher und privater Einrichtungen wie Volkshochschulen, Bildungsstätten der Kirchen, Gewerkschaften oder Arbeitgeber, um nur einige Träger zu nennen. Für die Bürger:innen besteht so, je nach eigenen weltanschaulichen Interessen, mehr Wahlfreiheit.

In Deutschland existiert eine Struktur, in der staatliche Finanziers bei Kommunen, Ländern, Bund oder EU zwar viele Weiterbildungsangebote finanzieren bzw. kofinanzieren, die Durchführung aber bei den Trägern liegt. Die Ländergesetze für Erwachsenenbildung, wo anerkannte Einrichtungen Landesmittel erhalten, um ein Weiterbildungsangebot zu entwickeln und vorzuhalten, sind dafür ein gutes Beispiel. Zwischen den verschiedenen Trägern gibt es stellenweise Wettbewerb um öffentliche Mittel, wenn diese z. B. durch Ausschreibungen vergeben werden. Damit kann im Idealfall gesichert werden, dass es nicht zu quasi-ständischen Strukturen kommt, innerhalb derer jeder Träger nur die eigene Pfründe verteidigt und verwaltet, aber keine Entwicklungen stattfinden. Insofern hat die oft als „Projektitis" kritisierte Vergabepolitik – neben berechtigter Kritik am Preisdumping – auch positive Seiten, da es Anreize für Innovationen gibt. Neben der Konkurrenz bietet ein System, das auf dem Subsidiaritätsprinzip aufbaut, Anreize für Kooperationen. Spätestens seit dem Picht-Plan von 1968 und

[3] Nur nebenbei sei erwähnt, dass der Begriff der „Steuerung" in Wissenschaft und Praxis eine relativ steile Karriere gemacht hat. Sein autoritärer Kern wird dabei jedoch weder sprachlich noch inhaltlich kritisch thematisiert, sondern eher affirmativ verwendet, woran auch (unkritische Erwachsenenbildungs-) Wissenschaft eine erhebliche Mitverantwortung hat.

seinem Vorschlag eines „Gesamtplans für ein kooperatives System für Erwachsenenbildung“[4] sind Kooperation und Vernetzung kein Gegensatz zum Subsidiaritätsprinzip. Vielleicht ist es sogar eine Art Qualitätsmerkmal, dass man trotz gewisser Konkurrenzen in der Lage ist, zu kooperieren.

IV. Schlussfolgerungen

Man könnte es sich nun relativ einfach machen. Demnach wäre das Subsidiaritätsprinzip im Grundsatz etwas Positives, aber man müsste in der konkreten Umsetzung genau hinschauen. Verspätete oder ausbleibende Interventionen müsste man kritisch analysieren. In der Praxis müssten Mechanismen oder Regularien mit wissenschaftlicher, unabhängiger Hilfe definiert werden, um zu bestimmen, wann Zuständigkeiten auf unterer Ebene nicht mehr genügen und wann es allgemeine Regelungen und Rahmensetzungen braucht. Hier liegen durchaus positive Erfahrungen vor und zum Beispiel die Evaluation oder Novellierungen von Weiterbildungsgesetzen oder Förderprogrammen könnten dafür besondere Chancen bieten.

Der Zeitgeist mag dem Kulturföderalismus oft eher skeptisch bis kritisch gegenüberstehen, wobei dies vielleicht auch eher der Zeitgeist in den Medien ist, die sich sich nicht mit regionalen Unterschieden befassen wollen und das Pauschale bevorzugen, weil es leichter zu vermitteln ist und den Journalistinnen und Journalisten die Recherchearbeit erleichtert. Angesichts der sozioökonomischen, kulturellen und politischen Unterschiede ergibt es jedoch sehr wohl Sinn, regional zu differenzieren und unterschiedliche Wege zu ermöglichen.

Das Subsidiaritätsprinzip steht allerdings durch andere Entwicklungen der letzten Jahrzehnte vor grundsätzlichen Problemen. So schwindet der gesellschaftliche Rückhalt vieler Träger. Hatte gemäß dem Statistischen Bundesamt der Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahr 2000 noch ca. 7,8 Mio. Mitglieder, so waren es 2019 nur noch 5,9 Mio. Menschen. Die katholische Kirche hatte 26,8 Mio. und 2019 nur noch 22,6 Mio. Mitglieder. Bei den protestantischen Kirchen sank die Mitgliederzahl von über 26 Mio. auf 20,7 Mio. Das sind einerseits immer noch beachtliche Zahlen, aber der relative Bedeutungsverlust von Großgruppen und ihrem Organisationsgrad ist offensichtlich. Hier dürften auch die zunehmende gesellschaftliche Diversifizierung und die Digitalisierung der sozialen Bewegungen eine Rolle spielen. Neue Großgruppen wie z. B. *Fridays For Future* sind durchaus im Entstehen, aber bei weitem nicht so professionell institutionalisiert und hinsichtlich ihrer Dauerhaftigkeit über das aktuelle Geschehen hinaus auch noch nicht einzuschätzen. Eigentlich entstehen Institutionen erst dann, wenn die Gründergeneration abtritt, aber die Institution personenunabhängig fortbesteht. Rücken andere Großgruppen im ökologischen Bereich oder andere Glaubensrichtungen wie ein aufgeklärter Islam perspektivisch nach? Wie sind Ländergesetze und das Spektrum anerkannter Träger angesichts des gesellschaftlichen Wandels zu erweitern, wenn es um die Akzeptanz neuer bzw. anderer Organisationen und Organisationsformen geht? Können sich die bestehenden Großgruppen und Träger zeitgemäß neu erfinden und den Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen bremsen oder gar umkehren?

Dies ist umso wichtiger, wenn man eine andere Problemlage bedenkt. Schließlich haben Administrationen und Ministerien mit den Instrumenten des *New Public Management* oder der *Neuen Steuerung* großen Einfluss. Der Trägerlandschaft schwinden die Eigenmittel und Erstmittel durch Mitglieder, sodass sie umso abhängiger von Drittmitteln durch öffentliche Auftraggeber werden. Administrationen und Ministerien sind diese Umstände bewusst, sie haben dadurch bessere Chancen, ihre Agenden mithilfe von Fördermitteltöpfen wirkmächtig zu platzieren. Allzu groß ist die Gefahr, dass im Wettbewerb um öffentliche Ausschreibungen und Projekte „willfährige“, primär betriebswirtschaftlich denkende Träger eher bedacht werden als kritische Träger mit einem professionellen Eigenwillen.

Insgesamt verschiebt sich seit Jahren stetig das Kräfteverhältnis zwischen „schwächelnden“ Großgruppen und Administrationen/Ministerien, die stattliche Drittmittelfonds für Projekte und Programme vergeben können. Dies erodiert partiell das Subsidiaritätsprinzip, da im Idealfall einer starken oberen Ebene auch starke mittlere und untere Ebenen ausgleichend und selbstbewusst gegenüberstehen. Klugen Administrationen und Ministerien mag dies bewusst sein, weshalb sie sich in ihrer Macht selbst begrenzen. Allerdings liegt nicht nur wegen der hohen Personalfluktuation in den Ministerien die Gefahr nahe, dass die zunehmende Macht verführerisch wirkt und Fiktionen eines „Durchsteuerns“ nährt.

V. Subsidiaritätsprinzip: Quo vadis?

Wie geht es also weiter? Ist das Prinzip noch tragfähig bzw. reformierbar oder braucht es eine große Neubestimmung? Muss es neu definiert oder konkretisiert werden?

Eine Stärke des Subsidiaritätsprinzips ist u. a. der Ausgleich und der Schutz der Minderheiten. Während in zentralistischen Systemen leicht das Recht der Stärksten und der Mehrheiten reagieren kann, braucht es in unseren pluralistischen Gesellschaften der Spätmoderne Teilräume, wo Minderheiten Freiheiten und Schutz genießen. Allgemeinwohl ist ein guter Begriff, aber er birgt auch die erhebliche Gefahr, dass die Mehrheitsmeinung mit dem Allgemeinwohl gleichgesetzt wird. Dies wäre sehr gefährlich und es ist eine gute Facette der EU, dass man oft von einem Europa der Regionen spricht sowie die

[4] Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung: Gesamtplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung. Nachrichtendienst, Heft 1 vom 4. Dezember 1968.

Vielfalt und Pluralität Europas als Chance begreift. Außerdem ist dem Subsidiaritätsprinzip das Prinzip der Kooperation inhärent. Kooperation sollte man keinesfalls idealisieren, wie es im Weiterbildungsdiskurs der letzten 20 Jahre – gefördert durch öffentliche Programme – durchaus passiert ist.

Was im historischen Vergleich fehlt, sind große Pläne und Visionen, wie eine Zukunft der Weiterbildungspolitik aussehen könnte. Betrachtet man die Pläne der 1960er und 1970er-Jahre, dann gab es mit dem Bochumer Plan, dem Schulenberg-Plan und dem Picht-Plan große Entwürfe aus der Wissenschaft, die in der Praxis und den Verbänden konstruktiv und kritisch diskutiert wurden.[5] Dies alles floss in die Arbeiten des Deutschen Bildungsrates in den 1970er-Jahren mit ein, der die bis heute maßgeblichen Strukturen schuf. Ähnliches ist aktuell (noch) nicht absehbar. Die Nationale Weiterbildungsstrategie ist eher ein Sammelsurium an bereits bestehenden Aktivitäten und vor allem eine desaströse Vernachlässigung jeglicher Weiterbildung, die über Beruflich-Betriebliches hinausgeht.[6] Sie ist eigentlich „nur" eine Qualifizierungsstrategie und verdient es fast nicht, das Wort „Bildung" im Titel zu tragen. Eigentlich war die Polarisierung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überholt, sodass man hier partiell in das 19. Jahrhundert zurückfällt.

Neben der Kritik an der Nationalen Weiterbildungsstrategie stellt sich die Frage, warum die Weiterbildungswissenschaft heute anscheinend so schwach ist, dass sie keine großen Perspektivpläne entwerfen kann. Eine erste Erklärung könnte darin liegen, dass auch die Wissenschaft am „Drittmitteltropf" hängt und es hier keine Förderung für einen großen Entwicklungsplan gibt. Eine zweite Erklärung besteht darin, dass Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften im Verhältnis zu den Naturwissenschaften deutlich an inneruniversitärer Relevanz verloren haben. Wenn aber von dieser Seite die Grundausstattung stagniert, dann gibt es auch hier kaum Anreize, strukturell und konzeptionell über die Zukunft nachzudenken.

Der genaue Blick in die frühen Pläne zur Entwicklung der Erwachsenenbildung zeigt auf, dass es hier oft einen intensiven Dialog, ja Trialog, zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis gab. Mit „Trialog"[7] sind nicht die vielen Gremien und Beiräte gemeint, in denen teilweise ein ritualisiertes Verwalten des Status Quo erfolgt. Der Faktor Zeit ist hier wichtig. Eigentlich bräuchte es einen neutral moderierten, mehrmonatigen bis mehrjährigen Prozess mit breiter Beteiligung einerseits und klarer Kernverantwortlichkeit andererseits, um substanzielle Pläne zu entwickeln, die über ein alltägliches „Durchwursteln" und kurzatmiges Optimieren hinausgehen. Dabei könnte das Subsidiaritätsprinzip auch im 21. Jahrhundert eine wesentliche – natürlich nicht alleinige – Orientierung bieten. Wäre es zu verwegen, zu hoffen, dass ein solcher Prozess von gesellschaftlichen Großgruppen und der Wissenschaft zusammen initiiert wird und man nicht darauf wartet, dass die Politik in Ministerien und Administrationen auf einen solchen Prozess kommt? Die Schwächen und die Einseitigkeit der nationalen Weiterbildungsstrategie deuten darauf hin, dass man von der nationalen Politikebene in absehbarer Zeit eher keinen solchen Zukunftsentwurf erwarten kann. Sind die Ressourcen, die Professionalität und die Verantwortung[8] auf mittleren Ebenen (noch) groß genug, um das anzustoßen? Oder ist dieser Entwurf von der europäischen Politikebene zu erwarten?

Ein Lumbung auf Bali, Indonesien

Die documenta 15 im Jahr 2022 in Kassel wird unter dem Motto von „Lumbung" stehen. Lumbung sind in Indonesien gemeinsam verwaltete Scheunen zur Lagerung von Reis. Dies dient dem langfristigen Gemeinwohl von Nachbarschaften durch eine kooperative Nutzung von Ressourcen und gegenseitige Fürsorge. Lumbung baut auf gemeinsamen Werten, kollektiven Ritualen und Organisationsprinzipien auf. Diese Idee wird für die documenta 15 zudem als internationales Planungs- und Organisationsprinzip aufgegriffen. *Kann die deutsche und europäische Weiterbildung in Praxis und Wissenschaft „Lumbung" praktizieren, mit Blick auf die eigenverantwortliche Gestaltung ihrer Zukunft?*

[5] Ebd.

[6] Käpplinger, B.: Ist das eine Strategie? https://www.jmwiarda.de/2019/06/13/ist-das-eine-strategie/ [Blogbeitrag vom 19.06.2019; Abrufdatum: 03.05.2021].

[7] Robak, S./Käpplinger, B. (2015): Zum Trialog von Wissenschaft, Praxis und Politik. Eine essayistische Annäherung 60 Jahre nach der Hildesheim-Studie, Hessische Blätter für Volksbildung 1, 46–55.

[8] Käpplinger, B. (2017): Die (Un-)Verantwortlichkeiten von Verbänden und Trägern für die „Allmenden der Weiterbildung", Magazin erwachsenenbildung.at (2017), 32.

» schwerpunkt – Europäisches Gemeinwohl stärken

Katrin Hatzinger
„Europa? – Nein, danke!?" – Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit 9

Würde die Kirche als Träger von evangelischer Bildung im Lebenslauf sich stärker an die ethische Reflexion von europäischen Politikfeldern herantrauen und damit das Wertebewusstsein und Verständnis für mögliche Gefährdungen des europäischen Zusammenhalts schärfen, so wäre das ein wichtiges Signal. Darauf zielend benennt die Autorin, basierend auf der Arbeit des EKD-Büros Brüssel, aktuelle EU-politische Beispiele und gibt einen Überblick über das kirchliche Engagement in diesen Fragen.

Andreas Mayert
Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung..... 14

Was kann gemeinwohlorientierte europäische Erwachsenenbildung bewirken? Erläutert wird, was konzeptionell unter Gemeinwohl zu verstehen ist und warum Erwachsenenbildung maßgeblich zur Entstehung europäischen Gemeinwohls beitragen kann. Die Marginalisierung allgemeiner Erwachsenenbildung in EU-Bildungsprogrammen verkennt dieses Potenzial vollständig. Notwendig ist ein deutlich stärker gefördertes und weit über schlichte Wertevermittlung hinausgehendes gemeinwohlorientiertes EU-Erwachsenenbildungskonzept.

Peter Schreiner
Zivilgesellschaft in Europa – Chancen und Herausforderungen für die evangelische Erwachsenenbildung 19

Europäisches Regieren bedarf der Partizipation und Interaktion mit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, wenn Menschen für die Gestaltung eines demokratischen, vereinten und freien Europas gewonnen werden sollen. Der Erwachsenenbildung kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Wie kann sie zu einer „Zivilisierung" der europäischen Politik beitragen, wie können Prozesse einer Europäisierung von Bildung adäquat aufgenommen werden?

Bernd Käpplinger
Subsidiariät: Ein Prinzip mit Geschichte und Zukunft? 24

Der Beitrag diskutiert das Subsidiaritätsprinzip. Es wird als ein wichtiges Korrektiv zu ausgeprägten Steuerungsabsichten auf nationaler wie internationaler Ebene betrachtet. Der Beitrag plädiert für eine pluralistische Gemeinwohlorientierung, die nicht an Mehrheitspositionen ausgerichtet ist. Damit müsste das Subsidiaritätsprinzip zwar neu ausgestaltet werden, erscheint aber moderner denn je.

Heike Lindner
Evangelische Erwachsenenbildung zwischen Subjektorientierung und Gemeinwohl in Europa 28

Der Beitrag zeigt, welches demokratische Potenzial evangelische Erwachsenenbildung in gegenwärtigen europäischen Transformationsprozessen entfalten kann. Ihre subjekt- und gemeinwohlorientierte Perspektive ist zivilgesellschaftlich bedeutsam, gleichzeitig jedoch bildungspolitisch gefährdet.

» editorial

Steffen Kleint
Liebe Leserin, lieber Leser, ... 3

» aus der praxis

Sophia Summer
Sprachkurs absolviert und trotzdem
überall Hürden? 6

» europa

Torsten Schneider, Anke Dreesbach
Erwachsenenbildung entdeckt das Gemeinwohl in Europa 8

» einblicke

Falk Scheidig, Tetyana Kloubert
Das Lernen Erwachsener im Spiegel der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 32

Timo Stockhorst
Raus aus der Reserve – für eine Europa-Avantgarde in der Weiterbildung 36

Ulrich Klemm
Bildungsdilemma und Diskursbedarfe
Gemeinwohlorientierung zwischen sozialem und beruflichem Lernen 38

Julia Hübinger
Gemeinwohl-ökonomisches Handeln einfordern
Ein Einblick in die Diskurse der evangelischen Erwachsenenbildung
in Württemberg auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Lernerfahrung..... 40

» jesus – was läuft?

Hans Jürgen Luibl
Gott, Gericht und eine Lachnummer 42

» service

Filmtipps 44

Publikationen 45

Veranstaltungstipps 53

Impressum 58

Mehr **forum** erwachsenenbildung?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?
Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum** erwachsenenbildung:

Abo bestellen
Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an info@waxmann.com)

Print: 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,– € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)

Online: 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,– € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)

www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN